

Klimabewusst vorangehen

Zu: „Hinz setzt Grünen-Beschluss nicht um“, FR-Regional vom 13.9.

Zweifellos wird die hessische Landespolitik den grünen Parteitagswunsch der Klimaneutralität bis 2035 nicht allein realisieren können. Neben der Bundes- und EU-Politik bedarf es vor allem eines Wertewandels und eines adäquaten Lebensstils der Konsumenten im Lande. Dies schon bis 2035 von der gesamten hessischen Bevölkerung zu erwarten, wäre vermessen. Wohl aber sind die grüne Klientel und nach ihrer Kritik an der Landespolitik nun auch die Anhänger der Linken gefordert, ihre Konsumgewohnheiten umzustellen. Zusammen repräsentieren sie gemäß den letzten Wahlen rund ein Drittel der Bevölkerung. Daher könnten sie durchaus die hessische Klimabilanz messbar verbessern, wenn sie sich von den Konsumzwängen befreien. Im Selbstverständnis des „Volkes der Dichter und Denker“ kann man zugunsten von Kultur, Kunst, seriösen Medien und Bildung leicht auf unmäßigen Konsum, protzige Autos, Flug- und Schiffstourismus verzichten. In dänischen und Schweizer Metropolregionen funktioniert das schon recht eindrucksvoll. Warum nicht auch in Hessen, wenn die klimabewusstesten Grünen und Linken vorangehen?

Werner Geiß, Neu-Isenburg

Moralische Überlegenheit

Zu: „CDU-Politiker attackieren Josef“, FR-Regional vom 17. September

Der Artikel macht deutlich, dass der Wahlkampf für die Kommunalwahl 2021 (!) eröffnet ist, weniger, „wie schlecht es um die Römer-Koalition steht“. Abgesehen davon, dass ich die Angriffe der drei „führenden“ (?) CDU-Politiker diesem Wahlkampf geschuldet erachte und entsprechend ernst nehme, habe ich mich sehr über die Begründung von Mike Josef erschrocken, warum sein für das Projekt Günthersburghöfe zuständiger Mitarbeiter erkrankt ist. Es macht mich nachdenklich, wenn die Ursache für die Erkrankung die Attacken von Mitgliedern der Bürgerinitiativen in den sozialen Medien sind. So weit ich Josef einschätzen kann, wird er nichts erfunden haben. Dass hier Menschen, die für sich immer moralische Überlegenheit in Anspruch nehmen, da sie doch die „guten“ Ziele (Klima, Verkehr, Erhalt von Grünflächen etc.) vertreten, offensichtlich städtische Mitarbeiter derart unter Druck setzen, dass diese erkranken, diskreditiert jedes noch so „hehre“ Anliegen und macht es unglaubwürdig. Solche Methoden nutzen doch sonst immer nur die anderen! Wenn die Bürgerinitiativen zu solchen Mitteln greifen müssen, fragt man sich ja doch, ob ihnen die seriösen Argumente ausgegangen sind, auch bei anderen Bauprojekten des Planungsamtes.

Astrid Droßmann, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Thomas Kaspar moderiert eine Diskussion über und mit dem britischen Publizisten und Kapitalismuskritiker Paul Mason („Klare, lichte Zukunft“), der einen Vortrag (englisch) zur Frage hält, ob neue Technologien zu einer sozialen Revolution führen. Fragen können auf Deutsch gestellt werden. Eintritt frei, Anmeldung nicht erforderlich.
Montag, 30. September, 19.30 Uhr Hochschule Sankt Georgen, Offenbacher Landstr. 224, Frankfurt

Bascha Mika moderiert die Diskussionsveranstaltung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels „Wen interessieren Werte? Zur Relevanz der Kultur in politischen Entscheidungen“. U. a. mit Jagoda Marinic.
Sonntag, 6. Oktober, 20 Uhr Schauspiel Frankfurt, Neue Mainzer Straße 17, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest im Rahmen des Offenbacher Stadtlesens aus seinem neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“.
Freitag, 18. Oktober, 18 Uhr Bühne auf dem Aliceplatz, Offenbach

Thomas Kaspar spricht im Rahmen von „Open Books“ mit den Autorinnen Sarah Spiekermann und June Perry über deren Bücher „Digitale Ethik“ und „Lifehack“.
Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht.
Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Wie wäre es mit vernünftiger Planung?

Frankfurt wächst: „Mehr Menschen machen die Stadt nicht lebenswerter“, FR-Regional vom 23. September

Wo sind denn die Frankfurter?

Als ehemaliger Bauverständiger im Baurechtsamt der Stadt Stuttgart und als Oberbaurat im Planungsamt der Stadt Frankfurt versteh ich die Schizophrenie des derzeitigen Magistrats nicht. Einerseits genehmigt das Bauaufsichtsamt ein Bürohochhaus mit einer exorbitanten Geschossflächenzahl (Four = 13,4), wobei die Höchstgrenze nach § 17 BauNVO bei 3,0 liegt und zieht damit weitere Einwohner nach Frankfurt, 4000 Arbeitsplätze entstehen dort, die hier Wohnungen suchen müssen. Andererseits stimmt derselbe Magistrat gegen ein Wohngebiet auf dem Pfingstberg, befürwortet die „Josefstadt“, gegen die sich lokaler und regionaler Widerstand formiert, so dass es höchst unsicher ist, dass die Regionalversammlung dafür stimmt. Und im Parlament blockieren CDU, Grüne und Bürgerinitiativen Bebauungspläne für neue Wohngebiete.

Die Auswirkungen des Hochhausbaus nach dem Hochhausrahmenplan: Vom Jahr 2000 bis 2012 (Einwohnerzahl: 678 691) sind genau so viele Personen nach Frankfurt gezogen (675 816), wie es 2012 an Einwohner gab. Weggezogen sind im gleichen Zeitraum: 597 856. Bei einer derartigen Fluktuation fragt man sich, wo sind denn die Frankfurter?

In der Bilanz der Zu- und Weggezogenen 2017 (+5377) waren 5071 von 15 bis 24 Jahre alt, 3792 waren 25 bis 34 Jahre alt, alle anderen Jahrgänge hatten eine negative Bilanz, darunter besonders die über 65 jährigen (-946) und die 35- bis 44-Jährigen (Familien?) mit -923 Personen.

Ist das Frankfurt der Zukunft nur noch überwiegend von Arbeits- und Ausbildungsplatzsu-

chenden bewohnt, die sich auf dem Friedberger Platz tummeln, deren Berufsaussichten aufgrund der Globalisierung und Digitalisierung höchst ungewiss sind?

Und wie kann man solche Hochhäuser (auch Luxuswohnhochhäuser für Kapitalanleger) genehmigen und dann die dafür nötige Infrastruktur nicht schaffen (Wohnungen, Kitas, Schulen, Wasser- und Abwasserversorgung, ÖPNV, Theater)?

Und was macht die SPD in Planung und Verkehr, die sich mit den Hinterlassungen der Grünen- und CDU-Dezernenten herumschlagen muss und nun von den Grünen, der CDU, FDP und BFF vorgeführt wird, weil sie die hinterlassenen Probleme nicht lösen kann?

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Wachstum, bis alles aus den Nähten platzt

Im Beitrag wird festgestellt, dass „Mehr Menschen die Stadt nicht lebenswerter machen“. Dieser These, die im einzelnen überzeugend begründet wird, kann ich vollinhaltlich zustimmen. Man muss erkennen, dass die Wachstumsspirale des „Immer mehr und immer größer“ für die Menschen der Stadt und die Umwelt zur unerträglichen Belastung wird. Die von der Politik befeuerte und gefeierte Wachstumsdynamik stößt an ihre Grenzen. Frankfurt ist keine Großstadt und sie kann es aufgrund ihrer regionalen Begrenzung und Baustrukturen auch in Zukunft nicht werden. Die Stadt ist bunt und weltoffen. Sie ist liebenswert und das soll sie auch bleiben. Aber sie ist auf dem besten Weg ihre Lebensqualität für die Menschen zu verlieren.

Der Zuzug einer unbegrenzten Zahl von Menschen, egal woher sie kommen, bedeutet mehr Autos, mehr Parkplätze mehr

Wohnungen, mehr Kindergärten, mehr Schulen und mehr Sozialeinrichtungen. Das alles gehört zu einem geordneten und verantwortbaren Wachstumsprozess. Die Stadtpolitik bemüht sich, trotz unterschiedlicher Interessen, um entsprechende Lösungsansätze.

Aber, sie folgen weiterhin dem Prinzip des ungezügelt kapitalistischen Wettbewerbs. Es wird ein Wachstumsprozess organisiert, bis alles aus den Nähten platzt.

Es entsteht immer größere Wohnungsnot, riesige Verkehrsprobleme, dramatische Umweltbelastungen durch Auto- und Flugverkehr. Immer mehr Grünflächen werden geopfert. Der Flughafenausbau verläuft bis an die Wohngebiete der Stadt. Dazu werden riesige Flächen eines „Bannwalds“ abgeholzt. Ersatzweise werden mit einem riesigen Arbeits- und Kostenaufwand Gleisanlagen der Straßenbahn begrünt. Ein Zeichen der Hilflosigkeit, des „Wohlwollens“ und des „Nichtkönnens“. Das ist keine vernünftige Stadtplanung.

Die Menschen in der Stadt wollen Lebensqualität und kein Wachstum um jeden Preis. Die Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik braucht schnelle und wirksame Alternativen bevor den Menschen die Luft ausgeht. Dazu gehören z. B. weniger Autos in der Stadt, mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer und mehr Schutz für die Naherholungsgebiete. Das gilt auch für den Schutz vor unerträglichem Fluglärm im Süden der Stadt. Dazu gibt es viele Vorschläge, allerdings auch unterschiedliche Positionen. Diese müssen im Interesse des Gemeinwohls überwunden werden. Alle Aktivitäten müssen auch einer wirksamen Klimapolitik Rechnung tragen.

Eberhard Bacher, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lf-20190930

Protesttourismus in Reinkultur

Erwiderung auf „Wohnungen bauen? Bitte, aber nicht bei uns!“, Leserforum vom 23. September

Ich kann Herrn Hautsch nur recht geben, dass viele Gegner der Bauprojekte in Frankfurt ihre eigenen Interessen (verbaute Aussicht, unmittelbarer Zugang zu Grünanlagen) durchsetzen wollen. Probleme, ob unsere Kinder und Kindeskinde hier in ihrer Geburtsstadt bezahlbaren Wohnraum finden, sind diesen Personen vollkommen egal. Erst die Schwierigkeiten die sich daraus ergeben (kein Nachwuchs für ehrenamtliches Engagement und Ämter). Hier kommt dann das Argument: Das „Boot ist voll und es darf keiner mehr rein“, „Grenzen des Wachstums“ usw. Das Ganze vorgebracht mit Schweizer oder Wiener Dialekt.

Mit welcher Berechtigung wird hier Personen etwas verwehrt, was man selbst in Anspruch genommen hat – freie Berufswahl und freie Wahl des Lebensortes? Rechte, die in unserem Grundgesetz festgeschrieben sind. Ich bin geborener

Frankfurter, ich könnte auch die Forderung aufstellen, dass alle, die mal nach Frankfurt gekommen sind, um zu studieren, und dann hier eine Arbeitsstelle gefunden haben und sich jetzt im Rentenalter befinden, wieder in ihrem Herkunftsort niederlassen sollen. Dann wäre hier das Boot nicht mehr voll und meine Kinder könnten hier eine vernünftige Wohnung zu einem vernünftigen Preis finden. Bei Problemfindungen sind diese Leute nicht beteiligt oder sogar Gegner.

Stärkung der Infrastruktur, des ÖPNV: Wenn man Menschen im Umland halten möchte und auch gegen Pendlerströme ist, muss man Bus und Bahn ausbauen. Wie lange dauert schon der Ausbau der Nordmainischen S-Bahnstrecke? Welche Diskussion erhebt sich um einen Tunnelbau für Fernbahnen? So gibt es viele Projekte, die für unsere künftige Gesellschaft wichtig sind: Stromtrassen, Windkraftan-

lagen etc.: Überall, nur nicht vor meiner Haustür. Egoisten, die den Anspruch haben, über die alleinige Weisheit zu verfügen.

Das Gelände für den ins Auge gefassten nördlichen Stadtteil wird als wichtige ökologische Ressource ausgewiesen. Dass die Fläche durch industrielle Landwirtschaft genutzt wird, fällt unter den Tisch. Dort gibt es keine Insekten mehr, durch Landwirtschaft ist alles tot. Die Blühstreifen wurden von Landwirten nur angelegt, weil die EU dafür zahlt. Alles was Geld bringt, können wir tun. Ein Teil der Personen, die an der Menschenkette teilnahmen, wussten gar nicht, wo das Areal liegt, geschweige denn wie man da hin kommt. Protesttourismus in Reinkultur. Und ich freue mich, dass noch ein anderer die verbale Nähe zwischen „Heimat und Boden“ und Blut und Boden“ bedenkllich und erschreckend findet.

Stefan Ziegler, Frankfurt